



CDU-FRAKTION
LANDSCHAFTSVERSAMMLUNG
RHEINLAND



Die SPD-Fraktion in der
Landschaftsversammlung
Rheinland

Antrag-Nr. 14/180

öffentlich

Datum: 27.06.2017
Antragsteller: CDU, SPD

Landschaftsausschuss	28.06.2017	Beschluss
Kulturausschuss	27.09.2017	Kenntnis
Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung	09.10.2017	Kenntnis
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	11.10.2017	Kenntnis

Tagesordnungspunkt:

MiQua.LVR-Jüdisches Museum im Archäologischen Quartier Köln: Sachstand des Projektes sowie finanzielle Rahmenbedingungen

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

1.
Die Personalkosten für die Museumsverwaltung des LVR-Jüdischen Museums im Archäologischen Quartier Köln werden bis auf weiteres ab dem Jahr 2020, bezogen auf die - wie in der Vorlage dargestellt - 20 Stellen begrenzt.
2.
Im Hinblick auf die unter 2.3.1 benannten möglichen Kooperationen und Umsatzbeteiligungen wird die Verwaltung beauftragt, die notwendigen Gespräche zu führen und über die Ergebnisse zu berichten.
Der endgültige Nutzungsvertrag ist mit der Stadt Köln zu verhandeln und zur Beschlussfassung vorzulegen. Dabei ist der dem Landschaftsverband entstehende Einnahmeausfall durch die erhebliche Verringerung der Flächen (Wegfall von Museumsshop und Cafeteria) zu kompensieren.
3.
Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, mit der Stadt Köln und dem Land zu verhandeln, inwieweit eine Kostenübernahme/-beteiligung für die Bewachungs-/Sicherungskosten in Frage kommt. Über das Ergebnis der Gespräche soll ebenfalls unverzüglich berichtet werden.
Der LVR verzichtet auf das Kündigungsrecht, wenn die Bewachungskosten vollständig von dritter Seite übernommen werden.

4.

Der jährliche Zuschuss wird ab 2020 insgesamt auf maximal 6,5 Mio. Euro gedeckelt.

Begründung:

zu 2.

Die in der Vorlage aufgezeigten möglichen Erträge aus Museumsshop (10T.€) und Gastronomie (0 €) sind in Anbetracht der Bedeutung des Museums und der erwarteten Besucherzahl extrem niedrig.

Die genannten Kooperationsmöglichkeiten sollen daher spezifiziert und die möglichen Umsatzbeteiligungen eruiert werden.

zu 3.

Die Verwaltung führt aus, dass das notwendige Sicherheitskonzept noch mit der Polizei abgestimmt werden muss.

Offensichtlich ist bereits jetzt, dass enorme Kosten durch Sicherung und Bewachung entstehen werden.

Das Museum befindet sich im Herzen der Stadt und es handelt sich um ein im Eigentum der Stadt Köln stehendes Gebäude.

Sowohl die Stadt Köln als auch das Land sind für die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung zuständig.

Es ist daher angemessen, wenn von Seiten der Stadt Köln und des Landes Kosten für Sicherung und Bewachung übernommen werden.

zu 4.

Alle tatsächlich erzielten Einnahmen mindern den jährlichen Zuschussbedarf.